



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 677 Postulat Schuler Josef und Mit. über eine proaktive Strategie zur Sicherstellung der Ökosystemdienstleistungen und zur Minimierung der negativen Folgen von extremen Hitze- oder Trockenperioden / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Das Postulat P 677 und das Postulat P 716 von Ludwig Peyer namens der CVP-Fraktion über einen Bericht zum Klimawandel und die möglichen Auswirkungen auf den Kanton Luzern werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 677 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Willi Knecht beantragt Ablehnung.

Folgender Antrag liegt zum Postulat P 716 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion stimmt dem Postulat P 716 zu und lehnt das Postulat P 677 ab. Die SVP kann die Entscheidung der Regierung nachvollziehen, sämtliche Themen über die Energie- und die Klimapolitik des Kantons in einem Hauptbericht zusammenzufassen. Diese Strategie unterstützt die SVP vollumfänglich. Uns ist es ein Anliegen, dass der Bericht einen Mehrwert bringt und auf das Notwendigste beschränkt wird, um Doppelspurigkeiten und Leerläufe zu verhindern. Mit seinem Postulat P 677 verlangt Josef Schuler, mit einer proaktiven Strategie sowie Massnahmen und Dienstleistungen die Folgen von extremen Hitze- und Trockenperioden zu reduzieren. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass zuerst der geforderte Bericht erarbeitet und fundierte Zahlen und Grundlagen vorliegen müssen, bevor Massnahmen beschlossen werden können.

Josef Schuler: Im Iran ist es erneut zu einem Zwischenfall gekommen, zwei Öltanks wurden angegriffen und eine Drohne abgeschossen. Der Kampf um die begrenzten Ressourcen auf unserer Erde ist voll im Gang, und das gibt schon seit Jahren Anlass zu Zwischenfällen. Wenn wir so weiterfahren, gehen die Ressourcen zu Ende. Auf der einen Seite wird Krieg geführt, und auf der anderen Seite werden Ressourcen verschleudert. Wir haben ein Problem, weil wir mit Chemie, Öl, Silicium, Sauerstoff, Strom und Nahrung zu verschwenderisch umgehen. Wollen wir Krieg und Elend, oder ändern wir unser Verhalten und beginnen Sorge zu unserer Umwelt zu tragen? Heute sind wir hier, weil wir uns um unsere Ressourcen sorgen. Wir wollen, dass unsere Welt auch morgen noch ein friedliches Zusammenleben ermöglicht für uns und unsere Kinder. Die Schweiz und der Kanton Luzern sollen dabei eine klare Strategie der Unabhängigkeit fahren, wie sie auch die SVP immer wieder fordert. Ich habe mein Postulat im Dezember eingereicht, als eine ausführliche Diskussion über die Auswirkungen des Klimas und die Zusammenhänge mit Politik und Wirtschaft stattfand. Mich hat das aufgerüttelt. Die Stellungnahme auf mein Postulat deutet darauf hin, dass es der Regierung ernst ist und sie sich verpflichtet fühlt, für den Klimaschutz und die Klimaadaptation Massnahmen zu treffen. Die Stellungnahme des Regierungsrates enthält sehr gute Aussagen, Verknüpfungen und Versprechungen. Am wenigsten wurde der

gesundheitliche Aspekt berücksichtigt, aber es sind gerade ältere Menschen direkt von der Hitze oder der Kälte betroffen. Welche konkreten Massnahmen in den Bericht aufgenommen werden, ist noch offen. Die Regierung schlägt aber den richtigen Weg vor. Unsere Bevölkerung muss die beabsichtigten Massnahmen schliesslich mittragen. Zudem müssen die Massnahmen sozialverträglich sein. Zu gegebener Zeit braucht es eine gute Informationskampagne der Regierung. Glücklicherweise sind die ersten Entwürfe des Berichts im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement bereits vorhanden. Andere Kantone haben schon vor Jahren einen auf die kantonale Eigenart bezogenen Klimabericht mit kantonalen Massnahmen erstellt. Der Kanton Luzern hat sich Zeit gelassen, nun gilt es diesen Rückstand aufzuholen. Darum darf man auch ein bisschen skeptisch sein, ob der Umsetzungswille von Regierung und Parlament nun tatsächlich vorhanden ist und ob man mit dem angekündigten Bericht auch die richtige Strategie fährt. Mein Postulat fordert eine proaktive Strategie; es soll allen klar sein, dass Klimaschutz und Klimaadaptation nicht gratis zu haben sind. Bestimmt wird uns der Bericht dies ebenfalls vor Augen führen. Ein kantonaler Klimafonds könnte also eine wichtige Rolle spielen. Ich bitte Sie, sowohl mein Postulat als auch das Postulat P 716 erheblich zu erklären.

Ruedi Amrein: Für die FDP gehen die beiden Postulate in die gleiche Richtung. Daher sehen wir nicht ein, warum nicht beide erheblich erklärt werden sollten. Wir unterstützen das Verfassen eines umfassenden Berichts, wünschen aber, dass die Kenntnisse der Verwaltung genutzt werden. Bereits erarbeitete Berichte sollen integriert und kürzlich beschlossene Gesetze sollen aus Gründen der Verlässlichkeit belassen werden. Zur Biodiversität liegt bereits ein Bericht vor, diese Thematik muss nur noch am Rande abgehandelt werden. In einem Punkt verlangen wir, dass der Regierungsrat weiter geht, nämlich bei der Netto-null-Bilanz 2050. Wir stimmen der Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Korintha Bärtsch: Was für ein schöner Start in die Sondersession, sollen doch die beiden ersten Vorstösse auf der Traktandenliste erheblich erklärt werden. Ob wir uns auch tatsächlich einig sind, wird die Diskussion zeigen, denn der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Mit dem Klimawandel steht die Menschheit vor einer grossen Herausforderung, welche es in dieser Form schon lange nicht mehr gab. Die einen werden uns vorwerfen, dass wir unnötig Panik verbreiten, aber man darf den Klimawandel nicht unterschätzen. Mehrere Komponenten sind wichtig, eine davon ist die Dringlichkeit. Darauf werden die Grünen heute noch mehrmals hinweisen. Bereits 2030 sollten wir bei netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen angelangt sein, aber erst 2021 wird uns ein Bericht mit möglichen Massnahmen vorgelegt. Sie alle kennen das Paretoprinzip: Die ersten 80 Prozent werden relativ einfach erreicht, bei den letzten 20 Prozent sieht es dann aber ganz anders aus. Auch der gesellschaftspolitische Aspekt des Klimawandels ist nicht zu unterschätzen. Klimawandel heisst nicht nur, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken, sondern viel mehr. Die Gesellschaft muss über neue Werte diskutieren, etwa was Solidarität bedeutet, und damit meine ich nicht nur die globale Nord-Süd-Solidarität, sondern auch diejenige bei uns in der Schweiz und im Kanton Luzern. Es kann nicht sein, dass wir mit dem Finger auf diejenigen zeigen, die mit dem Flugzeug verreisen oder gerne Fleisch essen. Es gibt nicht nur die eine Lösung, wie der Klimawandel und die Klimaadaptation überwunden werden können, sondern die Lösung besteht aus vielen einzelnen Mosaiksteinen. Wir müssen über die richtigen Instrumente diskutieren, denn nur mit einer CO<sub>2</sub>-Flugabgabe ist das Problem nicht gelöst. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass es sektorübergreifende Massnahmen braucht. Die Klimaadaptation wird uns um einiges teurer zu stehen kommen, wenn wir jetzt nicht handeln.

Roland Fischer: Die GLP stimmt beiden Postulaten zu, denn sie gehen aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Angesichts der Dramatik des Themas und des grossen Handlungsbedarfs erwarten wir aber von der Regierung etwas mehr. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass der Regierungsrat einen Klimabericht mit Massnahmen erstellen will. Wir sind aber auch der Ansicht, dass es Sofortmassnahmen braucht. Rasches Handeln ist nun gefragt. Viele dieser Massnahmen sind eigentlich schon lange bekannt und können rasch umgesetzt werden, insbesondere im Bereich der Mobilität liegen bereits einige Vorschläge

vor. In beiden Postulaten wird die Klimaadaptation etwas zu stark betont, der Klimaschutz findet hingegen etwas zu wenig Beachtung. Es braucht aber beides. Ich bitte den Regierungsrat, dem Klimaschutz in seinem Bericht eine mindestens so hohe, wenn nicht sogar höhere Bedeutung zukommen zu lassen wie der Klimaadaptation.

Michael Kurmann: Ich kann mich dem Votum von Ruedi Amrein anschliessen. Die CVP begrüsst es sehr, dass die vielen Planungsinstrumente zu einem umfassenden Bericht mit den verschiedenen Herausforderungen, Handlungsfeldern und Massnahmen zusammengefügt werden. Der bis 2021 vorliegende Bericht zur Klima- und Energiepolitik liefert die Grundlagen für die zukünftigen Handlungsfelder. Natürlich braucht es eine gewisse Zeit bis zum Vorliegen des Berichtes, denn es braucht ja auch noch eine Vernehmlassung. Wir ziehen eine sorgfältig erarbeitete Strategie mit Massnahmen einer Menge unsolider, nicht aufeinander abgestimmter Massnahmen vor. Mit dem Bericht erhält das zukünftige Handeln ein solides Fundament. Die CVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Ich bitte Sie, beiden Postulaten zuzustimmen. Der Bericht soll eine Strategie bezüglich Klimaschutz und Klimaadaptation sowie Massnahmen und ein entsprechendes Risikomanagement enthalten. Der Bericht ermöglicht auch der Bevölkerung eine Gesamtübersicht über die Massnahmen und verhilft zu einer guten Kommunikation. Der Umsetzungswille wurde angesprochen. Die Regierung kennt die Hartnäckigkeit Ihres Rates. Noch etwas zu den weiteren Massnahmen: Selbstverständlich arbeiten wir weiter an der Gesetzgebung über die Landwirtschaft, so finden beispielsweise Gespräche zum Thema Ammoniak statt. Wie ich bereits beim Eintreten erklärt habe, wollen wir Ihnen den Planungsbericht Biodiversität noch dieses Jahr vorlegen. Das Energieförderprogramm passen wir jedes Jahr an. Sie können also von der Regierung sehr wohl weitere Massnahmen zum Klimaschutz erwarten.

Der Rat erklärt das Postulat P 677 mit 94 zu 14 Stimmen erheblich.